

Ein Blick ins Ausland: Volkswirtschaftliche Studie zu den Leistungen des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen Österreichs



Prof. Dr. André Frank,
Institut für Geoinformation
und Landesvermessung,
Technische Universität Wien

Das Institut für Geoinformation und Landesvermessung der TU Wien hat eine durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit finanzierte Studie über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Leistungen des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen Österreichs (uvv) durchgeführt und Empfehlungen für das Vorgehen im Hinblick auf eine mögliche Selbstständigkeit und Ausgliederung des uvv gemacht.

Eine Überprüfung staatlicher Funktionen in einem volkswirtschaftlichen und berichtswirtschaftlichen Rahmen ist in einer Zeit wesentlicher technologischer Veränderungen wichtig. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Ämtern und mit Privatfirmen sind heute dank elektronischer Dateneverarbeitung und -kommunikation möglich und müssen genutzt werden. Die angemessenen Organisationsformen sind auf abnormale örtliche Grundlagen aufzurichten und dürfen nicht von technischen Lösungen diktiert werden. Auch Ländle, die bis vor kurzen auf durchgehendes „cost recovery“ in der Verwaltung gesetzt waren (z.B. st.), suchen vermehrt gemeinsam mit den Dienststellen der nationalen Verwaltung und Privatfirmen, weil man gelernt hat, dass öffentliche Dienststellen bei weitem die wichtigsten Nutzer von Daten der nationalen Vermessungsverwaltungen sind und das heute praktizierte „cost recovery“ nur zu einer sehr aufwendigen Umverteilung von Kosten in der Verwaltung führt.

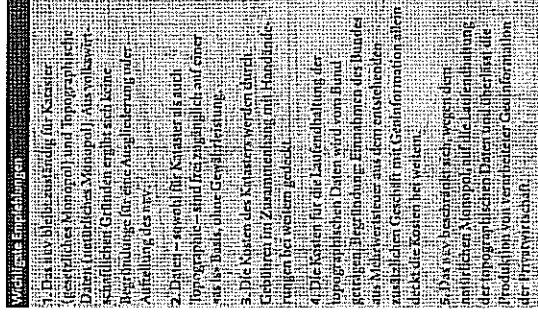
Die Organisation von Kataster und topographischer Kartierung unterliegt unterschiedlichen Gesetzen und muss getrennt untersucht werden. Das heißt aber nicht, dass eine organisatorische Trennung nötig wäre. Die Katastervereinigung macht ungefähr 55% der topographischen Kartierung umgekehrt 25% des Aufwandes des Katasters.

Der Nutzen des Katasters besteht im Schutz des Eigentums an Grundstücken (speziell deren Grenzen); dies ist eine wichtige Funktion des Rechtausbaus und ist ausreichender Grund für ein geistiges Monopol. Die Nutzneisser des Katasters sind bekannt und der Nutzen ist wirtschaftlich bestimmbar; die Kosten können demnach den Nutzneisern im Verhältnis des Nutzens übertragen werden.

Die Kosten des Katasters und des Grundbuches von ungünstig 35 Mio. Euro pro Jahr werden durch veränderte Steuern und Abgaben auf Grundbesitz und im Zusammenhang mit Transaktionen bei weitem geringer (mehr als 10 Mio. Euro pro Jahr). Die Abgaben fallen beim Grundbuch an, wobei die Kosten in höherem Maße noch Kataster unterscheiden; im Zuge einer Anreicherung der Organisation müssen die Einnahmen den Kostenstellen zugeordnet werden.



Gebäudearten: Form der Erdoberfläche, beständig sichtbare Erdoberfläche und Orthofotos.



Die getragenen Einnahmen aus dem Verkauf der topographischen Daten stehen in keinem Verhältnis zu den betriebswirtschaftlichen Kosten für Hersteller und Nutzer und zum volkswirtschaftlichen Verlust, weil die Daten nicht genutzt werden können.

Die Geoinformationsindustrie in den USA ist etwa zehnfach größer als diejenige in Europa, der wichtigste Unterschied ist sicher, dass topographische Daten und Postadressen in den USA von Bundesbehörden frei erhältlich und in Europa komplizierte Nutzungsverträge abgeschlossen und Entgelte entrichtet werden müssen. Unsere Modellrechnungen zeigen, dass die zu erwarten den Mehrwert-Steuererlöse in naher Zukunft des Geoinformationsgeschäfts alle Kosten der Bereitstellung der Daten bei weitem decken.

Private Geodatenveredelung: Sowohl als möglich soll aber das Geoinformationsgeschäft privat organisiert werden. Alles sind Nutzer mit erheblichen Anforderungen an die privatrechtliche Geodatenaufbereitungsin industrie zu verwiesen. Dadurch zentrale Sammlung von topographischen Daten zu einem nahtlosen Monopol führt, ist die (hunderte-)Stelle auf die Sammlung und unentgeltliche Abgabe der topographischen Daten an alle zu beschranken.

Weitere Aufbereitung- und Veredelungsschritte, aber auch die Bereitstellung von Daten die höhere Anforderungen erfüllen, sollen dem privaten Gewerbe überlassen bleiben. Das vermeidet die unbefugten Diskussionen über Quellsouveränitäten innerhalb einer Dienststelle.

Eine unentgeltliche Abgabe erleichtert auch die Zusammenarbeit mit den grossen Nutzern, die oft Verhandlungen feststellen und die Daten nachführen. Gleichzeitig behindert das Zurückfordern von Nachführungen nachgewiesenermassen.